

Haushaltsrede der UWG-Fraktion des Kreises Düren für das Haushaltsjahr 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrter Herr Kämmerer,
werte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Gäste und Zuhörer*innen,
meine Damen und Herren der lokalen Presse,

in Zeiten der Pandemie werde ich die Haushaltsrede der UWG Fraktion recht kurzhalten.

Als erstes geht unser Dank an die Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die Vorarbeiten zum Haushaltsentwurf 2021. Besonderer Dank gilt der Kämmerei für die Unterstützung bei unseren Haushaltsberatungen und der Beantwortung unserer Fragen.

Als wir vor einigen Wochen zum ersten Mal den Kreishaushalt 2021 aufschlugen und wir das Zahlenwerk untersuchten, galt unser erster Gedanke unseren Kommunen, denen wir in diesen Zeiten – nach ihren immensen Anstrengungen der letzten Jahre und ihrem hohen Engagement in der Pandemiezeit – ein Aufatmen gönnen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Mitglieder des Kreisausschusses haben in der letzten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern miterleben können, wie die Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz im Namen aller Bürgermeister mit Nachdruck erklärt hat, dass nur eine deutliche Absenkung der Umlagen insbesondere der Jugendamts- und Kreisumlage für die Kommunen die Haushaltslage vor Ort noch halbwegs beherrschbar macht.

Wie sie alle wissen, lehnen alle Bürgermeister unisono den Haushalt 2021 im Benehmensverfahren ab.

An dieser Stelle hätten wir von der CDU-Grünen–Mehrheitskoalition ein noch deutlicheres Zeichen als die jetzt eingestellten 12 Mio. € zur Senkung der Kreisumlage erwartet.

Hier hätte man den Kommunen mehr Handlungsspielraum durch einen höheren Betrag ermöglichen können, besonders mit Sicht auf die enorme Steigerung der Jugendamtsumlage!

Erschwerend kommt aus unserer Sicht noch hinzu, dass sich einige unserer Kommunen noch im Haushaltssicherungskonzept befinden. Dies sage ich ganz bewusst, weil wir, die UWG, vor diesem Hintergrund verantwortungsvoll für unsere Kommunen den Haushalt des Kreises sehr kritisch betrachtet haben.

Dabei haben wir jedoch den Blick und die Verantwortung für die Kreispolitik nicht aus dem Auge verloren.

Deshalb sollte aus unserer Sicht den Kommunen jetzt zumindest in diesem Haushalt verlässlich zugesichert werden, dass die verbleibende Ausgleichsrücklage von ca. 21 Mio. € weitestgehend in den Jahren 2022 und 2023 aufgelöst und zur Senkung der Kreisumlage eingesetzt wird. Dies muss verbindlich in den Vorbemerkungen des HH 2021 sowie in die mittelfristige Finanzplanung für 2022 und 2023 aufgenommen werden. Hierzu haben wir auch einen Antrag gestellt (s. Antrag Drs.Nr. 106/21), insbesondere mit dem Hintergrundwissen, dass die Jugendamtsumlage noch weiter enorm steigen wird.

Aus diesem Grund muss zukünftig darauf geachtet werden, dass bei Übernahmen von KiTa`s einheitlich (mittlere) Standards zu Grunde gelegt werden. Bei bereits bestehenden KiTa`s und Schulen müssen ebenfalls gleiche (mittlere bezahlbare) Standards festgelegt und angewendet werden.

An dieser Stelle tragen wir die Entscheidung des Kreises mit, die Trägerkosten für kommuneigene KiTa`s nicht zu übernehmen.

Eine weitere Aufgabe von uns allen ist es, uns künftig sehr viel Gedanken zu machen, an welchen Stellen wir Einsparungen vornehmen wollen und können.

Wie sie alle aus unserem 2zweiten Antrag (Drs. Nr. 107/21) erkennen können, beantragen wir, dass die Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende ab dem schnellstmöglichen Zeitpunkt nicht mehr

als monatliche Pauschalen, sondern pro stattgefundener Sitzung gezahlt werden. So können wir ca. 40.000 € pro Jahr sprich 200.000 € pro Wahlperiode einsparen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle wünschen uns sehnlichst, dass wir in diesem Jahr den Weg zurück in die Normalität finden. Doch dann dürften die sozialen und wirtschaftlichen Schäden und auch die Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen allmählich für uns sichtbar werden, die die Corona-Pandemie angerichtet hat.

Wir werden erst im Laufe des Jahres abschätzen können, wie stark die Gewerbesteuer bei den Kommunen einbricht. Bund und Land haben je zur Hälfte die Gewerbesteuerausfälle im letzten Jahr kompensiert, für 2021 gibt es solche Zusagen unseres Wissens bislang nicht oder noch nicht.

Wie sich der Landschaftsverband Rheinland (LVR) verhalten wird, wissen wir alle noch nicht. Schauen wir jedoch auf unseren Haushalt, sehen wir, dass ca. 44% unserer Kreisumlage ungebremst an den LVR geht.

Hier müssen wir dringend handeln und durch unsere Vertreter und Vertreterinnen des Kreises mehr Einfluss auf den LVR ausüben.

Auch hier muss die Forderung zur teilweisen Auflösung der Ausgleichsrücklage in den kommenden Jahren erhoben werden.

Wir als UWG-Fraktion laden alle Fraktionen ein, in dieser Sache eine gemeinsame noch vorzubereitende Resolution auf den Weg zu bringen. Schließlich ist der Kreistag eine starke Stimme für die kreisangehörigen Kommunen. Es geht doch um nichts weniger als die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Kommunen.

Werte Kollegen und Kolleginnen,

wir alle wissen, dass der Kreishaushalt in besonderer Weise durch gesetzliche Notwendigkeiten geprägt ist, insbesondere durch Sozialtransferleistungen.

Nur ein ganz kleiner Teil entfällt dabei auf freiwillige soziale Leistungen des Kreises. Man denke an z.B.: Frauenhäuser, Drogenberatung usw.. Diese Einrichtungen leisten gesellschaftlich wichtige Arbeit für die Menschen in unserer Region.

Die UWG hat sich daher trotz allen Spardrucks immer dafür eingesetzt, dass diese Einrichtungen möglichst auskömmlich finanziert werden. Gerade in Zeiten der Pandemie wird die Bedeutung dieser Einrichtungen und Leistungen sichtbar.

Die nächsten Haushaltsjahre werden aller Voraussicht nach schlechter werden als dieses. Wir müssen daher finanzpolitisch weiter mit Blick auf unsere 15 Kommunen auf der Hut sein. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein Ergebnis der Politik der letzten Jahre.

Bei aller Kritik muss jedoch auch festgestellt werden, dass der Kreis im Haushalt 2021 sehr viele Programme für die Zukunft geplant hat, die uns allen zu Gute kommen werden.

Hier nur einige Beispiele: e-Mobilität, Digitalisierung, Wachstums-offensive, Wasserstoffeinsatz bei Bus und Bahn, etc.

Nach Abwägung des Gesamtpaketes und insbesondere auch wegen der fehlenden Bereitschaft der Mehrheit im Kreistag, auch im politischen Bereich Einsparungen zu erzielen, was ja durch die Ablehnung unseres Antrages (Drs. Nr. 107/21) deutlich wird, können wir dem vorliegenden Haushalt nicht unsere Zustimmung geben.

Auch die Nichtberücksichtigung der von uns beantragten Aufnahme einer verbindlichen Absichtserklärung auf weitere ratierliche Auflösung der Ausgleichrücklage in den nächsten beiden Jahren sowohl in den Vorbericht als auch in die mittelfristige Finanzplanung (Drs. Nr. 106/21) begünstigt unsere Entscheidung, den vorliegenden Haushaltsplan abzulehnen.

Georg Schmitz
Fraktionsvorsitzender
UWG-Fraktion Kreis Düren